

Weichenstellungen

Es geht um die Zukunft der beruflichen Schulen

Seit der PISA-Untersuchung ist die Bildungspolitik wieder in den Mittelpunkt des allgemeinen Interesses gerückt. Das System selber, seine Ziele, Performanz und Ergebnisse werden breit diskutiert. Im Streit um die richtigen Fragen und um die zukunftsfähigen Antworten stehen nicht die Analysen von Ursache-Wirkungs-Zusammenhängen im Vordergrund, sondern die Werbestrategien für politische Argumentationen. Dies ist hinlänglich bekannt und wird in den Medien umfänglich begleitet.

In der breiten Öffentlichkeit wird dagegen kaum wahrgenommen, dass das System der beruflichen Bildung in Deutschland zurzeit ebenfalls auf dem Prüfstand steht. Wie dem Schulsystem wird dem Dualen System eine gewisse Reformresistenz vorgeworfen. Dies dürfte auch ein Anlass dafür gewesen sein, dass die Bundesbildungsministerin Schavan ihren Innovationskreis für die berufliche Bildung eingerichtet hat. Damit hat sie das Signal gegeben, dass in der beruflichen Bildung genau so wie im Schulbereich Erneuerung nottut.

Mit den zehn Leitlinien – vgl. S. 386 dieser Ausgabe – sind erste Schritte für neue Ansätze aufgezeigt worden. Aus diesen Leitlinien heraus soll hier auf einen Punkt hingewiesen werden, der sich für die Duale Berufsausbildung als trojanisches Pferd erweisen kann: Dieser Punkt greift eine gebetsmühlenartig wiederholte Forderung auf, die für das System hoch brisant ist. Es geht um das Postulat, Deutschland müsse mehr Akademiker produzieren. Bei näherem Hinsehen wird deutlich, dass dies nur zulasten der Dualen Berufsausbildung realisiert werden kann. Ein Teil dieser Berufsausbildung wird zu einer höheren Berufsausbildung, die in den Hochschulbereich wandert; die bisherige berufliche Bildung wird zu einer Veranstaltung für Randgruppen und als Übergangssystem deklassiert.

Diese und weitere Fragen an das Duale System werden inzwischen nach einer Phase der Problemverdrängung zunehmend offener diskutiert. Die europäischen Ansätze stellen dabei die Frage, ob das Duale System als Monolith zu sehen ist, der einer einzigen Stufe des europäischen Qualifikationsrahmens zugeordnet werden soll. Ein Beharren auf der Einheitlichkeit des Systems kann angesichts der von der EU erwarteten Sicherung einer korrekten Zuordnung dazu führen, dass das Gesamtsystem auf einer sehr niedrigen Stufe angesiedelt werden müsste.

Die Tarifparteien und die Politik sind dabei, sich mit diesen Problemen intensiv auseinanderzusetzen. So wird versucht, mit einem Etikett „Bachelor professional“ die Äquivalenz von beruflicher und Hochschulbildung zum Beispiel für die Meisterqualifikation in den Abschlüssen zu dokumentieren. Hierzu wird dargelegt, wie eine stärkere Herausstellung von berufspraktischem Lernen einen besonderen Wert für die Duale Ausbildung auch in anderen Ländern vermitteln soll.

Allerdings spricht dabei niemand von der Perspektive der beruflichen Schulen. Der Innovationskreis bei Ministerin Schavan hat sich dazu nicht geäußert – was angesichts der fehlenden Zuständigkeit der Bundesbildungsministerin für die beruflichen Schulen nicht verwundert. Wenn aber das Duale System an Attraktivität verliert, können auch die beruflichen Schulen generell und die kaufmännischen Schulen speziell viel verlieren: Wenn die stärker theorieorientierten Berufe in das Hochschulsystem abwandern, verlieren unsere Schulen das Spitzenfeld. Wenn nur noch die Leistungsschwachen bleiben, wird die berufliche Schule zur Fortsetzung der Hauptschule mit einer im Vergleich zur Hauptschule älteren Klientel.

Der VLW begrüßt deshalb ausdrücklich, dass die Kultusministerkonferenz die Perspektive der beruflichen Schulen näher analysieren will. Mögliche Strategien für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der beruflichen Schulen müssen dabei ohne die berühmte Schere im Kopf diskutiert werden. Es ist nicht so, dass es keine Ansatzpunkte für solche Strategien gibt, angefangen von den Kompetenzzentren über die hessische Campus-Idee mit den

Volkshochschulen bis hin zum Ansatz, die beruflichen Schulen zu Innovationszentren für die Region im Segment unterhalb der Hochschulen zu machen.

Die Debatte muss in die Überlegungen einbeziehen, wie vollschulische Qualifizierung und zu allgemeinen Berechtigungen führende berufliche Bildungswege zukunftsfähig zu positionieren sind. Dies wird keine leichte Aufgabe. Aufgabe des VLW wird es sein, seine Überlegungen für die Zukunft der beruflichen Schulen zu formulieren und zu präzisieren, um sie in diesen Prozess einzubringen. Alle Kolleginnen und Kollegen sind aufgerufen, sich in die innerverbandliche Diskussion über diese Fragen einzubringen: Die Bedeutung dieser Weichenstellungen für die Zukunft unseres Arbeitsplatzes sollten wir nicht unterschätzen.

Wolfgang Kehl